



Abgeordnetenhaus **BERLIN**

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Plenarprotokoll

23. Sitzung

Donnerstag, 8. März 2018

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Worte des Präsidenten		2 Fragestunde	2577
zum Internationalen Frauentag	2562	gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin	
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	2562	Verzögerungen im Bezirk Pankow	2578
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	2562	Torsten Schneider (SPD)	2578
1 Aktuelle Stunde	2563	Senatorin Katrin Lompscher	2578
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Torsten Schneider (SPD)	2578
Berlin bekommt das bundesweit erste Mobilitätsgesetz	2563	Senatorin Katrin Lompscher	2578
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)		Daniel Buchholz (SPD)	2579
in Verbindung mit		Senatorin Katrin Lompscher	2579
8 Gesetz zur Neuregelung gesetzlicher Vorschriften zur Mobilitätsgewährleistung	2563	Aussetzung des Familiennachzugs	2579
Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0878		Cornelia Seibeld (CDU)	2579
Erste Lesung		Regierender Bürgermeister	
Antje Kapek (GRÜNE)	2563	Michael Müller	2579
Oliver Friederici (CDU)	2565	Cornelia Seibeld (CDU)	2580
Tino Schopf (SPD)	2568	Regierender Bürgermeister	
Frank Scholtysek (AfD)	2569	Michael Müller	2580
Harald Wolf (LINKE)	2571	Andreas Otto (GRÜNE)	2580
Henner Schmidt (FDP)	2573	Regierender Bürgermeister	
Senatorin Regine Günther	2575	Michael Müller	2580
Ergebnis	2577	Schulgesetzänderung für die Gemeinschaftsschule	2580
		Regina Kittler (LINKE)	2580
		Senatorin Sandra Scheeres	2581
		Regina Kittler (LINKE)	2581
		Senatorin Sandra Scheeres	2581
		Dr. Maja Lasić (SPD)	2581
		Senatorin Sandra Scheeres	2581
		Mehrleistungen im Regionalbahnverkehr für Pendlerinnen und Pendler	2582
		Harald Moritz (GRÜNE)	2582

(Senatorin Regine Günther)

reagieren. Das gilt für Berlin, aber genauso gilt es für andere Metropolen wie Moskau, Paris, Wien, London oder New York. Überall auf der Welt ist der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur ein großes Thema, denn es ist erkennbar, dass wir ohne angemessene Infrastruktur zukünftig chaotische Verhältnisse auf den Straßen haben werden, bzw. wir haben sie augenblicklich schon. Eine gute Radverkehrsinfrastruktur, zu der ein lückenloses Radverkehrsnetz, Radschnellverbindungen, aber auch Fahrradparkhäuser gehören, ist zwingend notwendig und in dem Gesetz niedergelegt.

Ja, wir wollen Menschen motivieren, vom Auto umzusteigen – umzusteigen auf das Rad oder den öffentlichen Personennahverkehr oder auch, zu Fuß zu gehen. Das Mobilitätsgesetz eröffnet eben nicht den Kulturkampf mit dem Auto, aber Menschen werden weniger auf das Auto angewiesen sein, da die Alternativen sehr gut ausgebaut sein werden – in der Zukunft, nicht heute. Richtig ist aber auch, dass sich die Rolle des Autos in der Stadt von morgen verändern wird und ändern muss. Die Menschen werden den Lärm, die Luftverschmutzung und die Inanspruchnahme des öffentlichen Raumes durch die Autos mit Verbrennungsmotor zunehmend weniger akzeptieren. Das Leipziger Urteil zeigt uns da, wo wir stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition! Ich habe ihnen sehr genau zugehört. Ihre Ausführungen reichten von Beschuldigungen über eine ideologische Verkehrspolitik bis hin zur Klientelpolitik. Und genau das weise ich entschieden zurück!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Wir machen Politik für alle Berlinerinnen und Berliner.

[Heiko Melzer (CDU): Ach, was!]

Aber bei Ihren Ausführungen – das muss ich auch sagen – ist mir aufgefallen: Es war keine einzige neue Idee dabei, die in die Zukunft weist.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN –
Ronald Gläser (AfD): Bei Ihnen auch nicht!]

Sie wollen die Verkehrspolitik des letzten Jahrhunderts in die Zukunft verlängern.

[Georg Pazderski (AfD): Ja! Straßenbahnen!]

Sie ignorieren den technologischen, aber vielleicht noch viel wichtiger den gesellschaftlichen Wandel.

[Georg Pazderski (AfD): Straßenbahn!]

Wir sind heute aufgerufen, das Berlin von morgen und übermorgen zu denken und die Weichen dafür zu stellen.

[Gunnar Lindemann (AfD): Und warum machen Sie das nicht?]

Es geht um Infrastruktur, und es geht um langlebige Kapitalgüter.

Für uns ist ein „Weiter wie bisher“ keine Option. Das wird in die Sackgasse führen. Wir wollen Innovation statt Stillstand. Wir wollen Gesundheit statt Stickoxidbelastung. Wir wollen im internationalen Maßstab bei den neuen Mobilitätstechnologien führend sein, statt weiter Ladenhüter wie den Diesel zu pöppeln.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Wir wollen die Mobilität des 21. Jahrhunderts gestalten. Dieses Gesetz legt die Grundlage für ein zukunftsfähiges und attraktives Berlin, und es ist die Basis für eine nationale, aber auch internationale Strahlkraft, die von dieser Stadt ausgehend wird. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und
der LINKEN –

Frank-Christian Hansel (AfD): Der weitere Niedergang der deutschen Autoindustrie!]

Präsident Ralf Wieland:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aktuelle Stunde hat damit ihre Erledigung gefunden.

Zur Gesetzesvorlage Drucksache 18/0878 wird die Überweisung federführend an den Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz und mitberatend an den Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, an den Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales und an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Betriebe sowie an den Hauptausschuss empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht, dann verfahren wir so.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 2:

Fragestunde

gemäß § 51 der Geschäftsordnung
des Abgeordnetenhauses von Berlin

Nun können mündliche Anfragen an den Senat gerichtet werden. Bekanntermaßen müssen die Fragen ohne Begründung, kurz gefasst und von allgemeinem Interesse sein sowie eine kurze Beantwortung ermöglichen, und sie dürfen nicht in Unterfragen gegliedert sein, sonst werden wir die Fragen zurückweisen.

Zuerst erfolgen die Wortmeldungen in einer Runde nach der Stärke der Fraktionen mit je einer Fragestellung. Nach der Beantwortung steht mindestens eine Zusatzfrage dem anfragenden Mitglied zu, eine weitere Zusatzfrage kann auch von einem anderen Mitglied des Hauses gestellt werden. Für die erste Frage rufe ich nun ein Mitglied der Fraktion der SPD auf und bitte, an das Redepult zu treten. Nachfragen werden von den Sitzplätzen aus gestellt. – Herr Kollege Schneider! Bitte schön, Sie haben das Wort!

Torsten Schneider (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat: Wie bewertet der Senat die inakzeptablen Hängepartien und Verzögerungen sowie das unberechenbare und unverlässliche Zickzack bei den planerischen und sonstigen Umsetzungen großer Infrastrukturmaßnahmen im Bezirk Pankow – z. B. beim seit Jahren finanzierten Bau einer Schwimmhalle, der Schaffung von 1 600 Schulplätzen und Hunderten von Wohnungen auf der Brache des ehemaligen Rangierbahnhofs und in Blankenburg-Süd?

[Heiko Melzer (CDU):
Wer ist denn da Abgeordneter?]

Präsident Ralf Wieland:

Frau Senatorin Lompscher antwortet. – Bitte schön!

Senatorin Katrin Lompscher (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen):

Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren! Als Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen habe ich natürlich mit den gesamtstädtischen Planungen sehr viel zu tun, aber nicht mit allen Projekten, von denen Sie hier sprechen. Wir müssen allerdings feststellen, dass die Herausforderungen der wachsenden Stadt uns alle gleichermaßen treffen und dass die Vorbereitungen darauf sowohl planerisch als auch ressourcenmäßig nicht auf dem Stand sind, auf dem wir jetzt zu geordneten Umsetzungsprozessen kommen können.

Der Blankenburger Süden, den Sie auch angesprochen haben, ist ja, wenn ich mich recht entsinne, 2015 bei der Aufstellung des Städtebauprogramms für die wachsende Stadt erstmals ins Gespräch gekommen. Hintergrund war und ist die Tatsache, dass es dort eine 70 Hektar große landeseigene Fläche gibt, die als gut bebaubar gilt. Die Vorbereitungen dieses Projektes haben gezeigt, dass es weit mehr ist als die Erschließung eines Wohnungsbaupotenzials auf einer konkreten landeseigenen Fläche, sondern dass man hier ein Stadtentwicklungsprojekt mit erheblicher Größenordnung und einem erheblichen Koordinierungs- und Abstimmungsbedarf hat.

Am Samstag ist dafür die Bürgerbeteiligung gestartet, der verschiedene politische Beschlussfassungen vorausgingen, die dieses Haus auch zur Kenntnis genommen hat – u. a. die Festlegung eines Untersuchungsgebietes für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme und die Festlegung eines Vorkaufrechtsgebietes in den gleichen Abmessungen, weil es nicht ganz unwichtig ist, dass man auch die Verfügung über die für die Entwicklung notwendigen Flächen erhält. Es ist ein sehr anspruchsvolles Projekt, und es ist ein mit sehr vielen Konflikten behaftetes Projekt. Das heißt, da besteht Klärungsbedarf. Dort sowohl den Planungsprozess als auch den Kommunikati-

onsprozess so auszurichten, dass wir tatsächlich einen Schritt vorwärts kommen, um den Herausforderungen der wachsenden Stadt gerecht zu werden, das ist eine Aufgabe, der ich mich stelle und der wir uns alle gemeinsam stellen müssen. – Vielen Dank!

[Heiko Melzer (CDU): Ganz schön unkonkret!]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege Schneider! Sie wünschen eine Nachfrage zu stellen? – Dann bekommen Sie das Wort. – Bitte schön!

Torsten Schneider (SPD):

Jetzt mit Blick auf Rangierbahnhof und Schwimmhalle: Ist der Senat in Ansehung der Tatsache, dass hier Investitionen von insgesamt mehr als 1 Milliarde Euro, Tausende Wohnungen sowie Schulen und Arbeitsplätze in Rede stehen, mit mir der Ansicht, dass der Senat die erforderlichen Planungen wegen ihrer herausgehobenen gesamtstädtischen Bedeutung an sich ziehen sollte, und falls nicht: Worin liegt der inhaltliche Unterschied zu den Planungen auf dem Gelände des Güterbahnhofs in Trepow-Köpenick, die der Senat an sich gezogen hat?

[Frank-Christian Hansel (AfD): Knirscht es da?]

Präsident Ralf Wieland:

Frau Senatorin – bitte schön!

Senatorin Katrin Lompscher (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen):

Herr Schneider! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich greife Ihre letzte Frage auf, weil sie das ganz gut klarmacht. Beim Güterbahnhof Köpenick gibt es ein nicht ganz so kompliziertes, aber durchaus komplexes Planungsverfahren, das mit dem Blankenburger Süden vergleichbar ist. Es ist dort in Abstimmung mit dem Bezirk inhaltlich sehr gut so weit vorbereitet, dass auch in Abstimmung mit dem Bezirk gemeinsam entschieden wurde, dass dieses Bebauungsplanverfahren auf der Ebene der Senatsverwaltung durchgeführt wird. Das ist übrigens beim Blankenburger Süden genauso. Auch dort sind die Planungen, die künftig anschließenden Planungen Sache des Senats und des Abgeordnetenhauses. Hier sind wir noch nicht so weit. Aber auch dort ist jetzt schon klar, dass die Planungen durch die Senatsverwaltung durchgeführt werden.

Was die Schwimmhalle angeht, ist das ein Punkt, den ich mir gern einmal vertiefend anschauen kann. Dieses Thema ist bisher zu keinem Zeitpunkt an mich herangetragen worden.